

Ressort: Politik

Deutsche Behörden prüfen Aufhebung des PKK-Verbots

Berlin, 01.06.2013, 10:46 Uhr

GDN - Deutsche Sicherheitsbehörden prüfen derzeit in Geheimverhandlungen mit der Türkei die Aufhebung des 1993 verhängten Betätigungsverbots für die linksextremistische Arbeiterpartei Kurdistans (PKK). Dies berichtet das Nachrichtenmagazin "Focus" unter Berufung auf Berliner Regierungskreise.

Der zuständige Unterabteilungsleiter im Bundesinnenministerium, Hans-Georg Engelke, reiste demnach kürzlich mit leitenden Beamten des Bundesamts für Verfassungsschutz (BfV) und des Bundeskriminalamts (BKA) zur zentralen türkischen Generalsicherheitsdirektion nach Ankara. Angesichts des gelockerten militärischen Drucks auf die PKK und der angestrebten Aussöhnung mit den Kurden in der Türkei sei von den Deutschen erwartet worden, mit der seit 20 Jahren verbotenen Freischärler-Gruppe gnädiger umzugehen. Ein hoher Staatsschutzbeamter sagte "Focus": "Die Türkei verlangt für ihren neuen Kurs gegenüber der PKK von Deutschland flankierende Maßnahmen." Die deutsche Seite verweist auf zahlreiche Auftragsmorde, organisierte Krawalle und Anschläge, die von der PKK in den vergangenen Jahrzehnten begangenen worden seien.

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-14953/deutsche-behoerden-pruefen-aufhebung-des-pkk-verbots.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com